

Frau  
Präsidentin des Nationalrates  
Doris Bures  
Parlament  
1017 Wien

Wien, am 16. März 2017

Geschäftszahl (GZ): BMWFW-10.107/0012-IM/a/2017

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

- Zur Bürgerinitiative Nr. 111 betreffend "die ökologische Ausrichtung und die soziale Absicherung der Energiewende in Österreich. Zum Wohlergehen der Menschen und zur Schonung von Lebensräumen und Natur" darf seitens meines Ressorts für seinen Zuständigkeitsbereich wie folgt Stellung genommen werden:

Zu den vorgeschlagenen Änderungen im Bundes-Energieeffizienzgesetz:

Die betreffend Energieeffizienz angesprochene Forderung, dieser einen absoluten Vorrang gegenüber dem Ausbau neuer Kapazitäten zu geben, wird im Zuge der Festlegung der integrierten Klima- und Energiestrategie Österreichs diskutiert werden, die derzeit erarbeitet wird.

- Grundsätzlich stellen Energieeffizienzverbesserungen aus Sicht des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft einen wichtigen Beitrag zur Erreichung von Klima- und Energiezielen dar. Allerdings sollten dem Grundsatz einer umfassenden nachhaltigen Entwicklung folgend, welche neben der ökologischen auch die soziale und ökonomische Nachhaltigkeit umfasst, auch die betriebs- und volkswirtschaftlichen Kosten von Maßnahmen im Sinne der Kosteneffizienz berücksichtigt werden.

Weiters wird die Diskussion darüber durch den aktuell auf europäischer Ebene in Verhandlung befindlichen Entwurf zur Änderung der Energieeffizienzrichtlinien bestimmt. Diesen Diskussionen soll nicht vorgegriffen werden, eine Verschärfung des Energieeffizienzverpflichtungssystems ist auf europäischer Ebene derzeit nicht absehbar.

Zu den vorgeschlagenen Änderungen im Ökostromgesetz:

Eine Novelle zum Ökostromgesetz befindet sich derzeit in parlamentarischer Behandlung.

Hinsichtlich des Punktes "Maßnahmen zur Förderung der Spitzenforschung" in der Ergänzung des § 43 Ökostromgesetz ist anzumerken, dass der Klima- und Energiefonds nicht in den Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft fällt.

Dr. Reinhold Mitterlehner